

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
36 (1922)**

234 (6.10.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-454641](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-454641)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 150.00 Mark, dazu 11.00 Mark Belegporto, bei Abholen von der Expedition 150.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 450.00 Mark, monatlich 150.00 Mark einschließlich Belegporto.

# Republik

Preis 7 Mk.

Bei den Inseraten wird die entsprechende Millimeterzeile aber deren Raum für die Inseraten in Kaffertagen - Wilhelmshafen und Umgebung mit 4.00 Mk. berechnet, Familien - Inseraten 3.00 Mk. für Inseraten aus wärteriger Inseraten 4.00 Mk., Inseraten im Reklameteil 4 - Millimeterzeile 25.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Offriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Freitag, 6. Oktober 1922 \* Nr. 234

Redaktion: Peterstraße 74, Fernsprecher Nr. 58

## Krise in der tschechischen Kommunistenpartei.

Aus Prag wird uns geschrieben: Auf der Reichskonferenz der KPD, die Ende September in Prag stattfand, wurden einige Führer der Kommunisten wegen Disziplinbruchs ausgeschlossen. Unter ihnen befindet sich Wenzel Stur, der jahrelang in der tschechischen Arbeiterbewegung an hervorragender Stelle tätig war; Wobus Jilek, der bisherige Sekretär der kommunistischen Partei; Wenzel Welen, der Abgeordnete und Organisator der Landarbeiter. Der Disziplinbruch, der ihnen die Todesstrafe des Ausschlusses zugab, besteht darin, daß sie sich mit noch einigen anderen in einem Aufrufe an die Mitglieder der kommunistischen Partei wendeten, in welchem sie gegen den Opportunismus der tschechisch-kommunistischen Politik Stellung nahmen und in der Form von Fragen an die kommunistische zentrale Arbeiterkraft sich zur revolutionären Umwertung bekamen. Es schloß sich nun auch in der zweitgrößten Sektion der kommunistischen Internationale das Schicksal, das im eigenen Lager eine radikale Opposition erstreckt und daß sie die Angriffswaffen aus demselben Arsenal herbeiholt, das die Kommunisten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie errichtet haben. Es erhebt nicht des Sumors, daß den Männern, welche die revolutionäre Reinheit Moskows gegen ihre opportunistische Verfälschung verteidigen, der Vorwurf der Demagogie gemacht wird.

Die ausgesprochene Opposition wirft dem Exekutivkomitee der kommunistischen Partei vor, daß es die Kampfschärfe unterband, nachdem Dr. Šemeral vor der Programmkommission in Moskau erklärt hatte, daß ein Kampf der Kommunisten um ihre Ziele in der tschechischen Partei erst in fünf Jahren zu denken sei. Das sind Auffassungen, die tatsächlich in einem schroffen Gegensatz zu den noch vor kurzem vertretenen Anschauungen stehen, auf die die Kommunisten ihre Taktik einrichteten. Jede Lohnbewegung bezeichnete sie noch kürzlich als die Einleitung zum Entscheidungskampfe zwischen Kapital und Arbeit. Die nächste Prüfung einer Streikmöglichkeit, die Ablehnung der Streikphantasie durch die Sozialdemokratie genügt schon, um den kommunistischen Vorwurf zu proklamieren, man wolle den Klassenkampf labieren, man über Sozialerler. Und nun ist es soweit gekommen, daß diejenigen, welche an dieser „Revolution um jeden Preis“ festhalten, der Demagogie, des Disziplinbruchs geziehen werden, daß sie für unwürdig befunden werden, die Reihen der unentwegten Kommunisten zu zieren, deren Führer der belohnende Revolutionär Dr. Šemeral ist. Wobin er sie führte, das zu sagen, scheuen sich die als Demagogen gekennzeichneten auch nicht. Er führte sie in die Einheitsfront mit den Nationalsozialisten, in welcher Partei neben einer kleinen Zahl ehemaliger Anarchisten eine Mehrzahl Kleinbürger und Kleinbürgerlicher Arbeiter mit nationalitätlichen antikerischen Ideologien vorhanden ist. Die oppositionellen Kommunisten werfen der Exekutive vor, daß die kommunistische Partei als die größte Arbeiterpartei der Republik den Nationalsozialisten die Führung der Einheitsfront überließ und das noch dazu „am Vorabend großer sozialer Kämpfe“, vor denen man stehen, wie auch die Šemeral-Kommunisten sagten, ehe ihr Führer diese großen sozialen Kämpfe auf fünf Jahre zu vertagen für gut fand. Bei gemeinsamen Kundgebungen der Arbeiterkraft übernimmt die kommunistische Partei kritisch die Resolutionen der Nationalsozialisten, trotzdem in diesen Resolutionen gefagt wird — eine Erklärung, die sich aus der Zugehörigkeit der Nationalsozialisten zu den Regierungsparteien erklärt —, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise „durch „Revolutionsexperimente“ nicht zu lösen sei. Bei solchen Erklärungen müßten die Kommunisten auffreien. Denn sie schloßen allem ins Gesicht, was die Kommunisten zu vertreten pflegen. Aber das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei schied seine Anhänger zu beratigen Kundgebungen, läßt sie für solche Kundgebungen stimmen, ohne daß den eigenen Führern ein kritisches Wort hinzugefügt wird. Was Wunder, daß diejenigen Kommunisten, welche die Parolen ihrer Partei nicht nehmen zu müssen glauben, so solchen Verhaltens enttäuscht oder entrüstet sind. Aber die oppositionellen Kommunisten wiederholen gegen die offiziellen aus jene Vorwürfe, mit denen sonst die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie so rath bei der Hand waren. Sie fragen, ob es bei der Führung geäußter Funktionen durch einzelne im Vordergrund stehende Führer bleiben soll, ob es recht sei, daß im Exekutivkomitee der Partei Mitarbeiter der Mehrzahl bilden. Das kommunistische Organ „Kommunist“ hat bis vor kurzem der Parteivertreter Stur redigiert. Nun ist er ausgeschlossen worden, die Redaktion hat ein Kommunist übernommen, der den westlichen tschechischen Bedürfnissen des auf der ganzen kommunistischen Linie siegreichen Herrn Dr. Šemeral gerecht wird. Die indirekte Frage des Flugblattes der ausgeschloßenen, ob es in der kommunistischen Partei eine freie Pressenkontribution geben solle, wird durch

die Ausschließung der vorlauten Prager zu einem historischen Anachronismus.

Von opportunistischer Genügnung, von kompromißfertiger Neigung kann es heute Šemerals Partei mit jeder Regierungspartei aufnehmen. Nicht ob sie mit der geschmähten Demokratie ihren Frieden schließt, nicht ob sie sich auf den Boden des vielverleerteten Parlamentarismus stellt, ist die Frage, sondern unter welchen Sicherungen des Parteivorteiles sie es tut. Šemeral mag den Weg zu seiner politischen Gruppe verlegen und ist geneigt, sich mit jeder zu assoziieren.

## So leben wir . . .

Wie berichtet wird, haben die Besetzungstruppen der Allierten im letzten Jahre für 118 777 648 Mark Rhein und 124 738 Mark Ost vertrieht. Da die Angehörigen der Besetzungstruppen von der Weim- und Schtweizer befreit sind, sind dem Reichsstaats 20 Millionen Steuern entgangen. Außerdem konnten rund 19 000 Mark Reichsteuern und 2 Millionen Mark Zehnteuern nicht eingezogen werden. Es ist ganz ein Wunder, wenn die Entente auf der einen Seite von der deutschen Regierung eine Ordnung der Staatsschulden verlangt, selbst aber nicht die Voraussetzungen für einen Subjektionslohn schafft.

## Zwei Hindenburg-filme.

Gegen die Zulassung des Bildstreifens „Hindenburgs Ozeanreise“ der Indufrie-Film-Filmgesellschaft Berlin ist beim Reichsausschuß für die Filmüberwachung beantragt worden. Die Filmüberprüfungsstelle war schon, wie der amtliche Pressebericht erzählt, bisher infolge Vermeidung der Vorlegung des Bildstreifens noch nicht in der Lage, den Film zu prüfen. Die Entscheidung steht jomach noch aus und die Vorführung bleibt bis auf weiteres verboten.

Nicht zu vernachlässigen hiermit ist der Bildstreifen „Oltzeuchen und sein Hindenburg“ der Firma Photo-Rino-Haus Schalle in München, der von der Filmprüfungsstelle Berlin ohne Auszug zugelassen wurde. Auf die Exekution eingetragene Beschwerde hat die Filmprüfungsstelle durch Aufhebung vom 8. d. M. die öffentliche Verurteilung dieses Bildstreifens im Deutschen Reich mit der Maßgabe verboten, daß der Bildstreifen nur bestimmten Personenkreisen, nämlich Vereinen, Verbänden und anderen geschloßenen Gesellschaften, die sich die Primatfrage in Oltzeuchen zur Aufgabe gemacht haben, vorgeführt werden dürfte. In der Begründung wird ausgeführt, daß dem Bildstreifen auch geschichtliche und kulturgeschichtliche Bedeutung zukomme, weshalb eine Vorführung nur bestimmten Personenkreisen, die sich die Primatfrage in Oltzeuchen zur Aufgabe gemacht hatten, gerechtfertigt sei. Zur öffentlichen Aufführung aber könne der Bildstreifen nicht zugelassen werden, weil er nicht nur geeignet sei, die Beziehungen Deutschlands zu ausländischen Staaten, sondern auch im Innern des Reiches die öffentliche Ordnung zu gefährden. Bestimmte Teile lassen Raum für die tatsächlich unbegründete, von früher feindlichen Ausland jedoch zu erwartende Annahme, als würde von uns gegen gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages verstoßen. Ferner läßt sich das Verbot auf die Einleitung des überliegenden Bildstreifens der Reichswehr an bezüglichen Veranstaltungen, bezogenes da dieser Bildstreifen tatsächliche Begebenheiten zum Inhalt hat, im Gegensatz zu dem zugelassenen, rein historischen Bildstreifen „Friedrichs Reg.“

## Ledebours Klassenkampf.

Der alte Ledebour hat nun seine Drohung wahr gemacht und die erste Nummer seiner Wochenchrift „Klassenkampf“ erscheinen lassen. Der „Klassenkampf“ nennt sich Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und veröffentlicht einen Kautsk an die deutschen Arbeiter, der von einer provisorischen Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterzeichnet ist. Diese Parteileitung besteht aus 12 Männern und Frauen, von denen außer Ledebour nur die Rechtsanwältin Theodor Diebstedt und Obach eingetragen bekannt sind.

Der Aufruf und die folgenden Artikel bezeichnen es als die Aufgabe der neuen Keinen I.R.S., die wirkliche Einigung der Arbeiterklasse zu schaffen, die aber nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes nach Ablehnung unheilbar kommunistischer Führer vollzogen werden könne. Dazu ist zu bemerken, daß die geante Sozialdemokratie nach der andern Seite hin viel toleranter ist, sie hätte auch Ledebour trotz seiner vielen verpönten Ungerechtigkeiten ohne weiteres aufgenommen, ihn also nicht als einen „unheilbar kommunistischen Führer“ betrachtet. Wer denn er selber nicht wollte, ist es so wohl besser.

## Wozu Geld da ist.

Der Hauptausfluß des preussischen Landtages verhandelt am Dienstag über die Errichtung einer eigenen tschechischen Oberverwaltung in der Grenzmark. Schmittschil ist große Teile des Landes an Polen gefallen, so daß der bei Preußen gebliebene Teil, ein langgestreckter, von der Ostsee bis zu Schlesien reichender schmaler Streifen Land, nur noch 300 000 evangelische und 100 000 katholische Einwohner hat. Sehr gut hätte man die tschechische Verwaltung teils von der Slesier resp. Westpreier, teils von der Westpreier Oberverwaltung mit verlor lassen können, was auch von Berlin aus schon geschehen war. Hier jetzt verlangt man eine eigene tschechische Oberverwaltung mit einem Generalgouverneur, der zwar von Stante die Differenz des Gehaltes von seinem jetzigen als Stadthalter und dem eines genannten Beamten erhält, einen hauptamtlichen Justizrat, Besetzung nach Klasse 12, zwei nebenamtliche Justizräten, einen Obersekretär sowie noch Angestellten. Eine Aufgabe, die mit den tschechischen Einwohnern des Landes ein Bittern ausmachen dürfte. Kann der Staat sich sparen, besonders in der Zeit der Finanznot. Das wurde auch vom Kig. Beirat dargelegt, zumal die Regierung nicht in der Lage war, die Kosten für die Errichtung der neuen Verwaltung zu decken. Die Beisitzer, der Reichstagesrat, der

gerungsvertreter und Abg. Koch (Cephsaufen) traten für die Errichtung ein, da die „Arbeitsamt“ geschaffen sei und sehr wohl, ab acht Stunden gearbeitet werden müsse. In der Sitzung, die bis zur Feststellung der Kosten zu vertragen, wurde abgelehnt und gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und der KPD, die Errichtung beschloßen.

## Fu alle sozialistischen Parteien.

Der S.-A.-Pressebericht verbreitet folgenden Hüferr: Berle Genossen! Dank dem einstimmigen Protest der sozialistischen Internationalen hat der Versuch der Bolschewiken, mit der Ermächtigung der Führer der Sozialrevolutionären Partei zu beginnen, einen verheißungsvollen Kämpfer zu ertönen, jetzt bemühen sich die Bolschewiken, einen Schwabens für eine tschechische Befestigung der bedeutendsten Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei zu schaffen, in der Hoffnung, daß keinem Protest der europäischen Sozialisten zu begegnen. Wir haben ein Telegramm über Fällung des Tagesurteils in englischer Form durch das Bureau Tribune, das den jugendlichen Vater Schmitt, den Sohn eines Eisenbahnarbeiters, wegen aktiver Parteilichkeit, die jetzt fehlen alle Nachrichten über das Schicksal des Betroffenen. Es ist möglich, daß das Urteil noch nicht vollstreckt worden ist. Die sofortige Freisetzung kann das Leben des verurteilten Jünglings retten. Wir bitten um Ihre Hilfe in dieser Angelegenheit. Die Landesdelegation der Sozialrevolutionären Partei.

## Der falsche Weg.

Die Demonstrationen der Kommunisten für den Reichsbetriebsrätekongreß sind trotz der Bombenexplosion ein schmachvoller Mißerfolg geblieben, an dem auch die groß aufgemachten „Sieges“-Berichte der kommunistischen Presse nichts ändern. Aus Halle melden sie, daß viele Tausende Arbeiter, zum Teil ganze Betriebe“ aufmarschiert sind und von der Stadtratsversammlung die Bewilligung von 20 Millionen zur Änderung der Art erzwungen haben. In Wahrheit waren es nur 1500 Mann, die zur Demonstration aufmarschierten. Die Stadtratsversammlung schloß es ab, eine Delegation, die die Anerkennung eines Kontrollausflusses fordern sollte, zu empfangen, worauf der Sitzungsaal gestürzt und die Verhandlungen der Stadtratsversammlung unterbrochen wurden. Scher aber schon heute das Stadtparlament 20 Millionen Mark zur Einberufung der Delegation bewilligt. Die Delegation mitgeteilt, die darauf feht befürchtet, was und nicht mehr über die geforderte Anerkennung des Kontrollausflusses sagte.

In Essen beteiligten sich an der Demonstration und 1000 Personen. An den Konferenzen, die von den Kommunisten vorher einberufen wurden, um Stimmung für den Reichsbetriebsräte-Kongreß zu machen, nahmen auch nur sehr wenige Arbeiter, in der Hauptsache Jugendliche und Frauen, teil. In einer solchen Konferenz erschienen am Montagabend nur 70 Teilnehmer. Von 370 Betriebsräten „3 Bergarbeiterverbände waren ganze 4 Mann anwesend. Wie auch hier ein Mißerfolg!

Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission des Bezirkes Rheinischer Provinz, Georg Ullrich, ein ehemaliges Mitglied der kommunistischen Partei, ist zur Sozialdemokratie zurückgekehrt. In einem Schreiben an die kommunistische Parteileitung sagt er, man habe zwar erkannt, daß wir noch den Ergebnissen der Politik Sowjetrusslands noch sehr weit von der Weltrevolution entfernt seien, aber man habe nicht den Mut, die Konsequenzen zu ziehen. Um so mehr bemühe man sich die Verbindungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien als vertrieben zu beschreiben. Die kommunistische Partei sei „zu einer Vereinigung herabgesunken, die an irgen Teilen festhalten, nur noch durch unbedingte Verabstaltungen und stillige Kritik ihren Schein ermöglichen.“ Als nicht nur die Gefährten, sondern auch die Führer sehen allmählich das Verderbliche der kommunistischen Politik ein und wenden sich wieder jener Gruppe der Arbeiterklasse zu, die allein sozialistische Aufbauarbeit leistet.

## Guter Verdienst.

Die Volkshauskonferenz erklärte die Besätze der interalliierten Kontrollkommission mit Wirkung ab 1. September auf das Dreifache der bisherigen Höhe. Demgegenüber erhalten fortan monatlich außer ihrem Heimatgehalt der vorstehende General 310 500 Mk., sonstige Generale sowie Obersten und Oberleutnants 220 425 Mk., sonstige Offiziere 147 625 Mk., Hauptleute und Leutnants 139 265 Mk., Interoffiziere 70 750 Mk., das Gemeine 45 900 Mk.

## Parteienspaltung in Italien.

Wie in der kommunistischen Partei Wilmens so ist es jetzt auch in der sozialistischen Partei Italien zu einer Spaltung gekommen. Mit etwa 3000 Stimmen Mehrheit beschloß der sozialistische Kongreß, alle Mitglieder, die für eine Vertiefung an einer Koalitionserklärung sind, auszuscheiden. Informantisch wieder Hoff noch. Da der Sozialistenkongreß mit 3000 Stimmen Mehrheit den Ausschluß der Koalitionserklärung beschloßen hat, entlehnt ganz neue Parteien, deren eine ungefähr der neugegründeten deutschen Sozialdemokratischen Partei entspricht und ehtsig Abgeordnete, darunter alle bekannten Führer sowie alle Organisationsleiter, zählt, während die andere, nach Moskau gerichtete, an deren Spitze der „Anani“ Direktor Gerassi steht, nur etwa 40 Abgeordnete umfaßt, obwohl sie auf dem Kongreß die Mehrheit hatte. Viel bemerkt wird, daß die Gesamtpartei nur noch 73 000 Organisierte umfaßt, während sie vor drei Jahren gegen 400 000 zählte.

Der Konflikt zwischen rechts und links in Italien ist all. Auch seine neue Form kommt nicht unerwartet. Für den internationalen Sozialismus ist die Spaltung der italienischen Genossen sehr bedauerlich.

Ein Staatsanwalterverhandlung. Der preussische Verbandsminister hat einen Sonderhöfingenausfluß an Vertretern der Parteien einberufen, um mit ihm die Frage zu erörtern, was dem Preussischen Verbandsminister als Aufsichtsbefugnisse über die Banken gegen die Denkschriftenplanung noch getan werden könne.













